Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 102 (2022)

Heft: 1101

Rubrik: Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MARKT UND MONETEN

KLIMAPOLITISCHE PLANWIRTSCHAFT

Weltweit funktionieren Märkte unter freiheitlichen rechtlichen und politischen Bedingungen gleich: Produzenten wissen dank Marktpreisen, was sie anbieten sollen, und Konsumenten wissen, was sie sich leisten können. Dabei sind die Regale in den Läden fast immer voll, und an Tankstellen kann das Auto jederzeit vollgetankt werden. Ganz besonders effizient ist die Informationsverarbeitung an den weltweiten Börsen, wo sich Anleger und Firmen ihre Anlage- und Investitionswünsche erfüllen können.

Zunehmend ist aber festzustellen, dass Bürokraten und Politiker ganz direkt in den Preismechanismus eingreifen, um, wie es heisst, Technologien zu fördern oder zu verbieten, die Umwelt zu schützen oder den Klimawandel zu bremsen. In der EU wird unter dem «Green Deal» die EU-Taxonomie entwickelt, um jene Technologien und Produkte zu fördern, welche eine kleine Gruppe von (oft nicht gewählten) Personen für sinnvoll hält. Es ist klar, was beabsichtigt ist: Die Produktion von Gütern soll nicht mehr über Marktpreise, im besonderen die Zinsen, gesteuert werden, sondern mittels Beamtenentscheidungen.

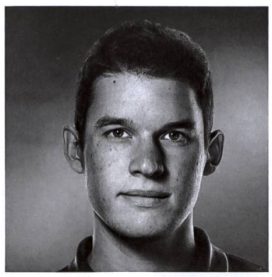
Auch in der Schweiz gibt es im Namen des Umweltschutzes immer mehr planwirtschaftliche Steuerung. Zwar hat die Bevölkerung im letzten Jahr das CO_2-Gesetz versenkt, doch das kümmert die Politiker in Bern wenig. Eben haben sie neue Gesetze vorgeschlagen, um noch mehr Geld für Technologien auszugeben, die nicht in der Lage sind, die dringend benötigte Bandenergie zu erzeugen. Über Atomreaktoren der vierten Generation, die abgebrannte Brennstäbe nutzen, wird nicht einmal gesprochen. Planwirtschaft und eigene Interessen sind offensichtlich wichtiger als Umweltschutz.

Wir wissen, wohin Planwirtschaft führen wird. Länder wie Kuba oder Venezuela, bald auch Länder, die näher liegen, zeigen es jeden Tag: Vernichtung von Wohlstand, Mangelwirtschaft, Armut und eine sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung. Besonders leiden wird aber die Umwelt.

Alexandra Janssen
leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

LOCKER-FLOCKIG DRINGLICH



Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Gefährlich wird es dann, wenn solche zur Normalität werden. Als im Herbst 2020 das Parlament das Covidgesetz beschloss und dieses für dringlich erklärte, konnte es den Schritt mit der Neuartigkeit und der Bedrohlichkeit des Virus rechtfertigen. Bei den weiteren Änderungen des Gesetzes war dieses Argument schon deutlich weniger zwingend, doch immerhin war das Gesetz bis Ende 2022 befristet.

Nun, kurz vor Ende der Frist, haben National- und Ständerat das Gesetz in der Herbstsession zum fünften Mal angepasst und die Gültigkeit bis Mitte 2024 verlängert – erneut im dringlichen Verfahren. Das irritiert. Die Befristung bis Ende 2022 war seit längerem bekannt. Warum das Parlament sich so lange Zeit liess, um sie zu verlängern, bleibt schleierhaft. Mit der Dringlichkeit wird das Referendum zahnlos, denn eine Abstimmung wäre erst Monate später möglich, wenn die Änderung längst in Kraft ist.

Das Parlament hat sich an das Ausnahmeinstrument gewöhnt und wendet es freimütig an, auch wenn die Situation keineswegs aussergewöhnlich ist. In der Herbstsession beschloss es ein Gesetz, das Projekte für erneuerbare Energie erleichtern soll und zu diesem Zweck Umwelt- und Landschaftsschutz drastisch einschränkt. Die Gesetzesänderung wurde für dringlich erklärt, obschon die Projekte erst mittelbis langfristig Strom liefern können. Ebenfalls erklärten die Räte den Rettungsschirm für Stromfirmen im Umfang von 10 Milliarden Franken für dringlich. Seit 2020 sind insgesamt 18 Vorlagen im dringlichen Verfahren beschlossen worden.

Die Politiker haben sich an das Dringlichkeitsrecht gewöhnt wie ein Süchtiger an eine Droge. Statt vorausschauend zu legiferieren, orientieren sie sich an kurzfristigen Forderungen, um das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zu umgehen. Probleme zu verschlafen, ist nicht nur entschuldbar – es lohnt sich sogar, da man sich der störenden demokratischen Mitsprache entledigen kann.

Nach dem Vollmachtenregime zur Zeit des Zweiten Weltkriegs brauchte es eine Volksinitiative, um die Politik auf den Pfad der demokratischen Gesetzgebung zurückzuführen. Man möchte hoffen, dass das diesmal nicht nötig sein wird.

Lukas Leuzinger
ist stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.